

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikausta Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien
je mm 0,12 Bloty für die achtgespaltene Zeile,
außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp.
von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen
tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 8. cz
1,65 ZL, durch die Post bezogen monatlich 4,00 ZL
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katto-
witz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Das Reichsbanner an Innenminister Gajl

Gegen den nationalsozialistischen Terror — Weitere Ausschreitungen der Hitlerbanditen Nationalsozialistische Panzerautos — Wird die Regierung eingreifen?

Berlin. Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners schwarz-rot-gold und der stellvertretende Bundesvorsitzende haben nach einer Meldung Berliner Blätter Reichsinnenminister Freiherr von Gajl bei einer Unterredung Beweise zu dem Blutterror gegen Reichsbannerangehörige und Republikaner vorgelegt. Sie wiesen u. a. darauf hin, daß das Reichsbanner seit der Aufhebung der SA-Verbote 14 Tote und 104 Verwundete, von denen eine ganze Reihe in Lebensgefahr schwebt, zu beklagen hat. Die Reichsbannerführer forderten strengste Maßnahmen gegen die täglich wachsende Zahl von Terrorakten.

Neue Anschläge in Ostpreußen

Königsberg. In der Nacht zum Mittwoch wurde in dem Dorfe Norgau im Samlande ein Anschlag auf den linksgerichteten Gemeindevorsteher und Gastwirt Gallowski verübt. Es erschien gegen 23 Uhr ein Mann an dem Fenster des Gallowskischen Hauses, klopfte und rief, es brenne im Dorf. Als der Gemeindevorsteher an das Fenster trat, trachten zwei Schüsse, von denen der eine Gallowski in den Kopf traf. Die Kugel blieb in der Schädeldede stecken und wurde von dem herbeigerufenen Arzt entfernt. Gallowski hat sechs Sprengschüsse, die er in seinem Hauie hatte, hinter dem Täter abgebrannt. Gallowski, der früher der SPD angehörte, soll jetzt Kommunist sein. Ueber die Täterhaft sind die Anklagen im Dorfe Norgau gestellt. Auch sonst waren die Gegensätze zwischen rechts und links in Norgau sehr scharf. Es ist wiederholt zu Zusammenstößen gekommen.

Tilsit. Am Mittwoch früh hielt in Sillen vor dem Hause des Reichsbannerführers und Vertrauensmannes der SPD, Raschowski, ein Auto, dem drei Personen entstiegen. Einer von ihnen rief zu der von Raschowski bewohnten Wohnung hinüber: „Wohnt hier Raschowski?“, worauf die Frau des Angerufenen die Frage bejahte. Hierauf wurde zurückgerufen, wenn er zu Hause ist, soll er schnell herkommen, Herr Krusch aus Tilsit (der Führer des Reichsbanners in Tilsit) muß ihn dringend sprechen. Raschowski kam ans Fenster, sah aber nur vorsichtig hinaus. Als er bemerkte, daß einer der Leute einen Revolver zog, trat er schnell ins Zimmer zurück. Darauf wurden acht Schüsse gegen das Fenster abgefeuert, die jedoch niemand verletzten. Auf die Schüsse stürzten Hausbewohner hinaus, worauf die Autofahrer in den Wagen sprangen und im schnellen Tempo davonfuhren. Die Nummer des Wagens konnte nicht erkannt werden.

Ludwigshafener Nationalsozialisten festgenommen

Ludwigshafen. Im Zusammenhang mit einer am Montag durch die Ludwigshafener Bereitschaftspolizei vorgenommenen Kontrolle eines in Freinsheim zusammengezogenen Trupps von 200 SA- und SS-Leuten, hat die politische Polizei in Ludwigshafen 13 Ludwigshafener Nationalsozialisten festgenommen, darunter die Führer der SA und der SS und des Motorturms. Bei den in Freinsheim gestellten SA- und SS-Leuten wurden Totschläger, Revolver und Schlaginstrumente vorgefunden und beschlagnahmt. Die Untersuchung eritredt sich, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, auf Bildung eines bewaffneten Hauses (§ 127 St. G. B.). Wie von polizeilicher Seite weiter bestätigt wird, bestanden ähnliche Ansammlungen der SA und SS auch in anderen Orten der Pfalz. Die Ansammlungen waren jedoch beim Eintreffen der Polizei aufgelöst.

Waffensuche bei der NSDAP in Hofgeismar

Ein armiertes Lastauto beschlagnahmt.
Kassel. Am Dienstag abend wurde in Hofgeismar durch Beamte der Landjäger bei Angehörigen der NSDAP Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen, da nach einer der Polizei zugegangenen Mitteilung im Orte eine Anzahl von Maschinengewehren und ein Panzerwagen versteckt gehalten sein sollten. Die Nachforschungen hatten das Ergebnis, daß der Panzerwagen aufgefunden werden



Beiden Königsberger Terrorakten getötet

Der kommunistische Führer Sausfi, der bei den Königsberger Ausschreitungen in der Nacht nach dem Wahlsonntag durch Revolverkugeln so schwer verletzt wurde, daß er an den Folgen im Krankenhaus verstarb. Die Urheber dieses Attentats, das gleichzeitig mit mehreren anderen Anschlägen auf politische Persönlichkeiten und Verlagshäuser verübt wurde, sind noch nicht ermittelt.

konnte. Dagegen wurden Maschinengewehre nicht gefunden. Lediglich 10 Revolver konnten beschlagnahmt werden. Bei dem Panzerwagen handelt es sich um ein großes Lastauto, das mit einer doppelwandigen Stahlblechhaube und mit Schießscharten versehen ist. Die Zwischenwände der Stahlhaube sind mit Sägemehl ausgefüllt. Der Wagen wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach Kassel gebracht.

Bombenanschlag auf eine Kieler Synagoge

Kiel. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf die Synagoge im Hohenzolleripark ein Bombenanschlag verübt. Von Unbekannten wurde eine anscheinend selbstgefertigte Bombe geworfen, durch die die Außenwand der Synagoge beschädigt wurde. Am Tatort fand man lediglich ein Stück der Zündschnur der Bombe. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Offizieren und Kommunisten

Ein Kommunist erschossen.

Warschau. Anlässlich des von Kommunisten veranstalteten „Antikriegstages“ kam es auf der Eisenbahnstation Josefow bei Warschau zwischen einigen Kommunisten und einer Gruppe von Offizieren zu einem blutigen Zusammenstoß. Nach Schilderung der polnischen Presse gerieten die beiden Gruppen zunächst in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf die Offiziere von mehreren Kommunisten tätlich angegriffen wurden. Die Offiziere machten sofort von ihrer Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Kommunist getötet wurde. Ein Offizier trug eine Kopfverletzung davon.

Weitere Kämpfe im Chaco-Gebiet

Buenos Aires. Berichte aus Bolivien und Paraguay belegen übereinstimmend, daß die Kämpfe ihren Fortgang nehmen. Bolivianische Flugzeuge haben die russische Emigrantenkolonie Memmonite erneut mit Bomben belegt. Der Präsident von Paraguay verlangt in einer neuen Rundgebung an die Armee Latein, die des Kampfes ihres Vordäter würdig seien. Der 17jährige Sohn des Innenministers hat sich auf ein Kriegsschiff als Matrose anmuster lassen. Seinem 14jährigen Bruder, der ebenfalls zu den Fahnen eilen wollte, wurde von den Behörden die Erlaubnis verweigert. Die Regierung in Union dementiert die Berichte, daß bolivianische Truppen einen Angriff auf Puerto Casado am Paraguay-Fluß ausgeführt hätten.

Politik der Ablenkung

War der deutsche Wahlkampf der polnischen Presse eine willkommene Gelegenheit, jeden Vorfall, als nur in Deutschland möglich, weidlich auszunutzen, ohne sich dessen zu erinnern, daß wir, wenn auch nicht in dem Umfange, einen ähnlichen Wahlkampf 1930 hinter uns haben, so bietet der „Flaggenvorfall“ mit dem deutschen Geschäftsträger in Warschau, wiederum eine neue Gelegenheit, recht kräftig die Propaganda zu vertiefen, als wenn wir in Polen nichts Wichtigeres zu tun hätten, als uns an Deutschland zu reiben, dessen Verfall auch unser Rückgang ist. Denn allen Regierungsversicherungen zum Trotz, gesteht die Oppositionspresse ein, daß wir uns zu sehr im Bereich der deutschen Politik bewegen, und daran ändert auch der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Rußland nichts, denn und das sei mit allem Nachdruck festgestellt, wenn sich Deutschlands Lage nicht bessert, so wird es eben seine Einfuhr aus Polen noch weiter droffeln, und den Schaden trägt das polnische Volk, welches, an sich friedfertig, zu jedem Deutschenhaß von seiner Presse erzogen wird, wie er gerade in den letzten Tagen seinen Höhepunkt feiert. Ein an sich immerhin peinlicher Vorfall wird zu gegenseitigen Protesten und Beschwerden erhoben, den man durch ein paar freundliche Worte aus der Welt hätte schaffen können. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau, Gesandtschaftsrat von Rintelen, der noch aus Kaisers Zeiten als Verständigungsfreund zwischen Deutschland und Polen bekannt ist, hat gebeten, daß man die polnische Flagge, welche anlässlich der „Meeresfeier“ in seinem Garten, auf exterritorialem Gebiet gehißt wurde, entfernen möge, worauf, auf Anraten der Polizei angeblickt, der Hausmeister auf dieser Flaggenhissung bestand, und als sie entfernt wurde, drang die Polizei in das exterritoriale Gebäude des Gesandtschaftsrats ein und verließ es erst, als sich Herr von Rintelen als Diplomat legitimierte. Die Polizei hat also eingesehen, daß sie hier einen Fehlgriff getan hat. Man kann ja über das Verhalten des Herrn von Rintelen verschiedener Meinung sein, und wir wissen nicht, was diese Affäre für Ursachen hat, daß die polnische Flagge auf exterritorialem Gebiet für einen Anstoß hervorgerufen hat.

Uns interessiert hier die rechtliche Seite der Frage, die Hehe in der Presse und schließlich die Beschwerde. Die Reichsregierung hat die Warschauer Gesandtschaft beauftragt, wegen dieses Vorgehens der Polizei auf exterritorialem Boden schärfsten Protest zu erheben, und ohne uns das Urteil der deutschen Presse in dieser Frage zu eigen zu machen, müssen wir, vom Standpunkte des internationalen diplomatischen Vorrrechts, unterstreichen, daß die Unkorrektheit aufseiten der polnischen Polizei war. Mindestens hätte man sich vor Einschreiten erkundigen sollen, was vorgeht und die weiteren Schritte dann dem polnischen auswärtigen Amt überlassen sollen, der Presse aber die Anweisung zu geben, die Sache, wie das sonst üblich ist, auch diplomatisch ausgehen zu lassen. Es war ja nur der „deutsche Geschäftsträger“, und da lohnt es sich schon ein wenig den Standaal auszuschlachten, und merkwürdigerweise hat man auch polnischerseits den Fall „untersucht“, in Berlin Beschwerde erhoben und siehe da, dort hat man auch den diplomatischen Brauch angewendet und den polnischen Gesandten einfach mit der Beschwerde abgewiesen. Wir ersehen daraus, daß man eben auf ein Echo, wie es in Polen erzeugt wurde, entsprechend reagierte und, unseres Erachtens, war es nicht notwendig, den polnischen Gesandten dieser Gefahr der Abweisung auszuweichen, hätte man im Warschauer Außenamt etwas ruhigeres Blut behalten. Aber man liebt hier, in Abwesenheit Jaleskis, „diplomatischen Schneid“, was daraus hervorgeht, ist eine klägliche Niederlage der polnischen Beschwerde, denn, ob dieses Flaggenvorfalls, wird man weder die gegenseitigen Gesandten abrufen, noch einen „Krieg“ führen, höchstens das Porzellan der Verständigung zerschlagen. Wie die Einstellung der reichsdeutschen Presse auf diese Beschwerde hin sein wird, könnte man sich vorher berechnet haben, und man muß sagen, daß in Warschau seit Jahren nicht so verständigungswillige Korrespondenten der Reichspresse vertreten waren, wie es in den letzten Monaten der Fall ist. Schließlich haben sich Herr von Papen und Herr Jaleski in Lausanne die Hände so auffällig freundlich gedreht, daß ein so peinlicher „Flaggenfall“ nicht aufzubauischen notwendig war, zumal man genau weiß, daß gerade seitens

der Nationalsozialisten jede solche günstige Gelegenheit wahrgenommen wird, um im Trüben fischen zu können.

Zwischen den Zeilen der regierungsfreundlichen Presse kann man immerhin nicht die Tatsache übersehen, daß diese neue Polemik nichts anderes, als ein Ablenkungsmanöver ist, denn die Hoffnungen, daß Hitler die Macht erringt, sind eingetroffen und das deutsche Volk hat, trotz aller nationalsozialistischen Verheerung, klaren Kopf behalten und sich für die parlamentarisch-demokratische Methode entschieden, die wir gleichfalls seit Jahren vermessen, wenn man auch im Regierungslager anderer Ansicht ist, und wenn alle Anzeichen nicht trügen, so bekommt Deutschland eine ähnliche Regierungsart, frei vom Parlament, auf die Militärs gestellt, die sich in Polen nicht gerade als legendär erwiesen hat. Die inneren Schwierigkeiten geben gerade der Regierungspresse schwierige Fragen auf, denn im Bereich der Auswirkung der deutschen Politik auf Polen, verschärft sich die Lage zusehends. In Lausanne hat man die polnischen Wünsche nicht einmal in den Bereich der Verhandlungen einbezogen, und Herr Zaleski bemüht sich um einen Ostagrarpakt, zu dem jetzt gerade die Vorbereitungen getroffen werden, um die inneren Schwierigkeiten zu überwinden. Auch dieses Ostagrarpakt wird aber nur möglich, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland ändern, denn nur dieses kommt als Absatzgebiet für die Agrarprodukte des Ostens und Balkans in Frage, wenn es auch, nach Lage der deutschen Landwirtschaft, fraglich erscheint, ob Deutschland in Zukunft dieses Absatzgebiet sein wird. Es fragt sich auch, ob Zaleskis Plan gelingen wird, wenn man alle Kontrahenten berücksichtigt, die dieses Ostagrarpakt schafften sollen. Schon heute kann mit Zuversicht gesagt werden, daß dieser Plan mißlingen wird, wenn er sich nicht in politische Botsmäßigkeit begeben will, für den ja bereits Frankreich, im bekannten „Donauplan“, Vorbereitungen getroffen hat.

Bei dieser Vielseitigkeit der polnischen Politik und ihrer Probleme, war es also wirklich nicht notwendig nach Berlin sich bekümmert zu wenden, denn man wird gerade Deutschland in naher Zukunft brauchen, ohne daß man sich die Pariser sehr wählen wird können. Man muß schon sagen, daß der „Flaggenvorfall“ nur eine willkommene Ablenkung war, und es hat sich wieder einmal einwandfrei ergeben, daß dort, wo es um deutsche Belange geht, sofort die polnische Presse eine Einheitsfront schafft, die man selbst bei der „Meresfeier“ nicht zustande gebracht hat, und nun entschädigt man sich in der Oppositionspresse eben an dem Flaggenfall. Bald treten vor uns viel schwierigere Fragen, denn, trotz aller amtlichen Versicherungen, wächst die Arbeitslosigkeit, und man munkelt auch von gewissen finanziellen Schwierigkeiten, man verhandelt und verhandelt, kommt aber zu keiner Anleihe und neues Geld ist, selbst von französischen Freunden, nicht für die Eisenbahndollendung Danzig—Gdingen zu erhalten. Da kommt eine peinliche Gelegenheit zur willkommenen Einheitsfront, die eben nichts mehr, als eine Politik der Ablenkung von den herrschenden Schwierigkeiten ist. Man sollte wirklich versuchen, sich nicht selbst Schwierigkeiten zu schaffen, denn, wie gesagt, der Wiederaufbau Europas kann nur erfolgen, wenn Deutschland aus seinen Schwierigkeiten herauskommt. Es mag den deutschen Nationalisten so ein kleiner Streit mit dem Erbfeind nur willkommen sein, denn sie sagen ja immer „voraus“, daß es mit Polen keine Verständigung geben kann, und die polnische Presse besorgt für sie das Geschäft.

Bedrohliche Lage im Fernen Osten

Tokio. Wie amtlich mitgeteilt wird, haben etwa 1000 chinesische Freischärler die japanische Garnison in der mandchurischen Hafenstadt Inka in der Liautung-Bucht angegriffen und in Bedrängnis gebracht. Ein japanischer Kreuzer und der Zerstörer landeten daraufhin Seeboaten und Matrosen, die in den Kampf eingriffen. Chinesische Freischärler haben gleichzeitig die japanischen Streitkräfte in den mandchurischen Städten Tchangschun, Liautshang, Mukden und Inka überraschend angegriffen und Erfolge erzielt.

Die Lage an den Grenzen der Provinz Jehol wird ständig bedrohlicher. Nach einer halbamtlichen chinesischen Meldung haben die Japaner größere Truppenmassen gelandet und beabsichtigen, die ganze Provinz Jehol zu besetzen, als Vorbereitung für den Angriff auf Tientsin und Peking.

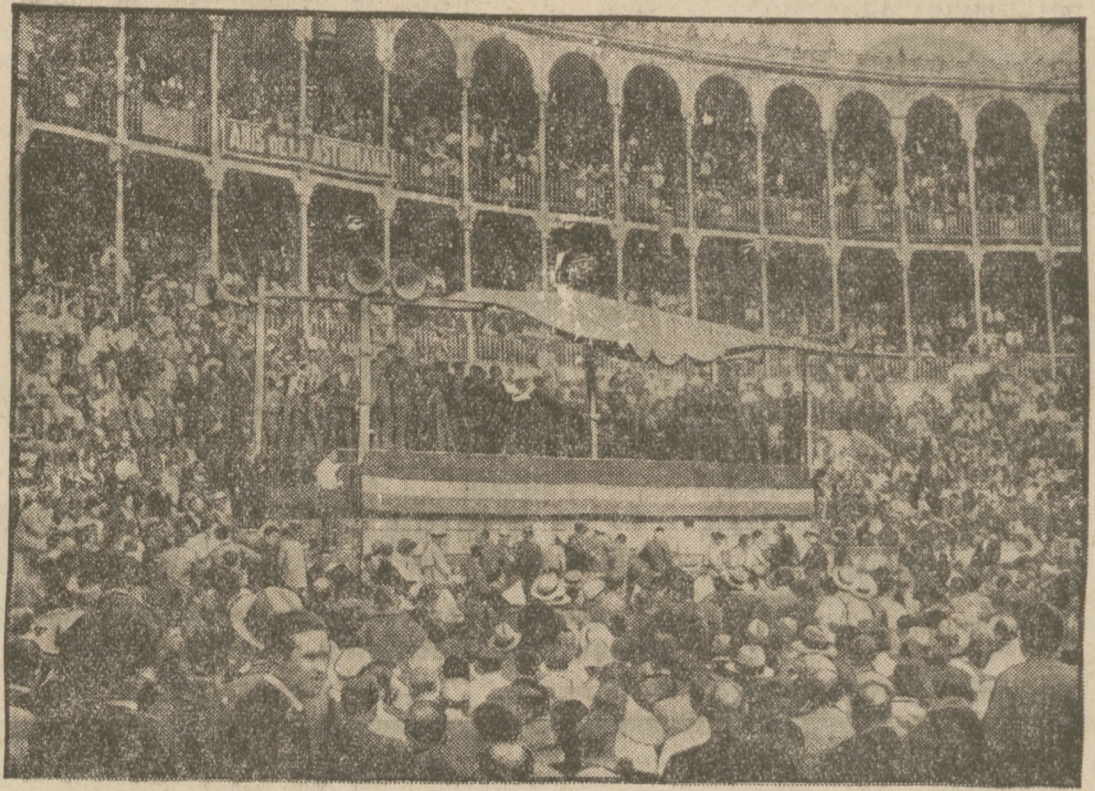
Im Hinblick auf die gefährdete politische Lage, beabsichtigt die chinesische Zentralregierung, eine besondere Tagung einzuberufen.

Marschall Tchanghsueliang hat Peking verlassen. Wie es heißt, beabsichtigt er, den General Tschanghschan zu veranlassen, seine Truppen für die Abwehr des erwarteten japanischen Vormarsches auf Peking zur Verfügung zu stellen.



Selbstmord des früheren mecklenburgischen Ministerpräsidenten

Paul Schröder, der frühere mecklenburgische Ministerpräsident, hat sich wegen eines unheilbaren Leidens erschossen.



Um die Verfassung der spanischen Republik

Blick auf eine Madrider Protestversammlung gegen die katalonischen Separatisten. — Die katalonische Frage, die schon so vielen Regierungen noch unter der Monarchie die größten Schwierigkeiten bereitet hatte, ist auch von der republikanischen Regierung nicht gelöst worden. Katalonien verlangt nach wie vor absolute Selbstständigkeit, was bei den übrigen spanischen Provinzen erhebliche Erbitterung auslöst.

Umbildung des Reichskabinetts

Tolerierung durch das Zentrum

Berlin. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: Nach Beratungen, die Hitler abgehalten hat, darf als sicher angesehen werden, daß die Nationalsozialisten sehr weitgehende Forderungen auf Uebernahme der Mitverantwortung an der Reichsregierung stellen werden. Reichspräsident und Reichsregierung dürften sich auf den Standpunkt stellen, daß das jetzige Kabinett seinen Charakter als Präsidialkabinett gleichwohl behalten werde. Mit anderen Worten: Die in das Kabinett hineinzunehmenden Nationalsozialisten sollen nicht als Parteiführer, sondern aus dem Grunde in die Regierung kommen, daß sie „besondere“ Fähigkeiten besitzen und das Vertrauen des Reichspräsidenten genießen. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, nimmt man an, daß das Zentrum ein durch Herannahme einiger Nationalsozialisten umgebildetes Kabinett zunächst tolerieren wird, da

das Zentrum ja sehr stark die Forderung ausgesprochen habe, die Nationalsozialisten müßten an die Verantwortung kommen.

Zusammentritt des preußischen Landtages am 16. August

Berlin. Der Aeltestenrat des preußischen Landtages beschloß Mittwoch nachmittag, den Landtag auf Dienstag, den 16. August einzuberufen. Der Landtag wird dann eine allgemeine politische Aussprache über die Einsetzung des Reichskanzlers von Papen zum Reichskommissar in Preußen und über die Terrorakte der letzten Tage abhalten, für die zwei Tage in Aussicht genommen sind. Ein Termin für die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten wurde nicht festgesetzt. Diese Frage ist in der Sitzung des Aeltestenrates nicht erörtert worden.

Kriegsrecht gegen Bergarbeiter

Schwere Unruhen beim Grubenstreik — 3 Personen getötet, mehrere Verletzte — Flugzeuge gegen Streikende

New York. Im Bergwerksbezirk Terrehaute (Indiana) sind schwere Unruhen ausgebrochen. Der Gouverneur hat Truppen eingesetzt und das Kriegsrecht erklärt. 5000 Bergarbeiter, die gewerkschaftlich organisiert sind, belagern ein Bergwerk, in dem sich eine Gruppe von 80 Nichtorganisierten verschanzt hat. Auf beiden Seiten sollen zahlreiche Bewaffnete sein. Bei einer Schießerei wurden 3 Personen getötet und zahlreiche Beteiligte verletzt.

Gouverneur Reelie hat zwei Flugzeuggeschwader gegen die ausländischen Bergarbeiter eingesetzt. Die Flugzeuge sollen mit Gasbomben ausgerüstet werden. Sie sollen außerdem Nahrungsmittel und Munition für die belagerten Nichtorganisierten abwerfen, die seit 35 Stunden ohne Nahrung und ohne Wasser sind.

Große Arbeitslosenfundgebung vor dem Ottawaer Parlamentsgebäude

Handgemenge mit berittener Polizei.

Ottawa. Vor dem Ottawaer Parlamentsgebäude, in dem zur Zeit die britische Wirtschaftskonferenz tagt, fand am Dienstag eine große Arbeitslosenfundgebung statt, die zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei führte. Der kanadische Ministerpräsident Bennett hatte am Dienstag vormittag die Forderungen einer 7köpfigen Abordnung der Arbeitslosen, die sich in großen Zeltlagern vor Ottawa niedergelassen hatten, abgelehnt.

Die Forderungen umfaßten eine wöchentliche Unterstützung von 50 RM, Einführung des 7-Stunden-Tages und Freilassung politischer Gefangener. Bennett erklärte, daß die ganze Demonstration von Moskau inszeniert sei und drohte mit den schärfsten Maßnahmen. Daraufhin marschierten Tausende von Arbeitslosen durch die Straßen Ottawas nach dem Parlamentsgebäude. Unter den Rufen: „Wir wollen Brot“ versammelten sie sich vor dem Parlament und nahmen eine drohende Haltung ein. Als berittene Polizisten mit Gummiknüppeln gegen die Rufstörer vorgingen, kam es zu einem schweren Handgemenge, bei dem die Arbeitslosen mit den bloßen Fäusten auf die Polizisten einschlugen. Viele Erschrockene schlossen ihre Geschäfte. Erst nach längerem Kampf und nachdem mehrere Arbeitslose verhaftet worden waren, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Die Granate im Schornstein

Paris. Ein polnischer Grubenarbeiter hatte in den Schornstein seiner Wohnung in Leus eine deutsche 7,5-Zentimeter-Granate verpackt, die er gelegentlich eines Spazierganges über die ehemaligen Schlachtfelder gefunden hatte. Als Dienstagabend ein alter Ofen angezündet wurde, der seinen Abzug durch den Schornstein hat, ereignete sich eine fürchterliche Explosion, die das ganze Haus in die Luft fliegen ließ. Das polnische Ehepaar konnte nur noch als Leichen aus dem Trümmerhaufen geborgen werden.

Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: In Verfolg einer Verhandlung, die anlässlich der Konferenz in Lausanne zwischen dem deutschen und dem belgischen Außenminister getroffen wurde, haben während der letzten Tage in Berlin zwischen Vertretern der deutschen und der belgischen Regierung Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziel, den Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern zu fördern. Die belgische Abordnung stand unter der Führung des bevollmächtigten Ministers und Generaldirektors der Handelsabteilung im belgischen Außenministeriums, Cofeur; auf deutscher Seite wurden die Besprechungen geleitet von Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Ritter. Es wurde vereinbart, die beiderseitigen Wünsche zu prüfen und die Besprechungen demnächst fortzusetzen.

Die polnischen Flieger vor dem Schnellrichter

Stolz. Die beiden polnischen Flieger, die am Sonntagabend bei Strickershagen notgelandet waren, wurden am Mittwoch vom Schnellrichter wegen Fahrgeschens und Vergehens gegen die Luftverkehrsordnung zu je 100 RM Geldstrafe verurteilt. 50 RM der Geldstrafe galten als durch die (im Hotel) erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Die Angeklagten nahmen das Urteil an. Der polnische Konsul aus Stettin erklärte, die Geldstrafen sowie die Gerichtskosten für die Angeklagten bezahlen zu wollen.



Der künftige Reichstagspräsident?

Franz Stöhr, der dritte Vizepräsident des alten Reichstages, wird von den Nationalsozialisten, der weitaus stärksten Reichstagsfraktion, als künftiger Reichstagspräsident vorgeschlagen und voraussichtlich von der Mehrheit des Hauses gewählt werden.

Polnisch-Schlefien

Die neue nationale Kommunistenpartei

Es gibt eine gewisse Sorte von Tieren, die man schlecht unterscheiden kann, ob das ein Schwein oder ein Hund ist. Darüber wurde schon viel gestritten, aber man konnte sich schlecht einigen. Man bezeichnete diese Tiere mit dem Ausdruck „Dachs“.

Im politischen Leben kommt auch manchmal ein solcher „Dachs“ vor und um Beispiele sind wir gar nicht verlegen. In Deutschland kennt man den politischen „Dachs“ unter der Bezeichnung „Nationalsozialist“.

Im Arbeitsministerium liegt ein Antrag auf Legalisierung von Statuten einer neuen Partei, die sich „Nationale Kommunistische Partei Polens“ nennt.

Wo der Sitz dieser neuen „Partei“ sein wird, das wissen wir nicht, aber der „Kurjer Slonski“ teilt mit, daß in Kattowitz eine solche Partei schon besteht.

Andererseits wollen wieder wissen, daß die neue „Nationale Kommunistenpartei“ von der Sanacja gegründet wurde.

Nun sind wir so weit, daß wir in Polen auch einen „politischen Dachs“ haben. Er ist halb Hund und halb Schwein.

Kündigung der Gehaltstabelle

in der Herstellerarbeitenden Industrie

Der Angestelltenverband der Weiterverarbeitenden Industrie hat vom Arbeitgeberverband ein Schreiben bekommen, in welchem die Kündigung der bisherigen Gehaltstabelle zum 30. September ausgesprochen wurde.

Wie sieht es in der Pragis mit der „Beurlaubung“ der Belegschaften aus?

In der Zeit der Massenentlassungen, die heute bereits in die Tausende gehen, und Stilllegungen von Betrieben wird sehr viel von sogenannten „Beurlaubungen“ gesprochen.

Den „Beurlaubten“ wird versichert, daß sie bei Auftragserteilung in erster Linie wieder eingestellt werden.

Die Arbeiter im Kampfe gegen die Stilllegung der Karmmergrube

Die Stilllegung der Grube eine beschlossene Sache — Der italienische Streit auf den Kohlenruben — Die Entschlossenheit der Arbeiter — Werden die Sozialbehörden auf Seiten der Arbeiter stehen? — Der Kampf um eine Abfertigung

Die Belegschaft der Karmmergrube führt einen Heldenkampf um die Erhaltung dieser Grube. Als die Stilllegung angekündigt wurde, haben die Arbeiter alle möglichen Instanzen angerufen und erschöpften dabei alle Mittel.

Dabei kam heraus, daß die Giesche-Spolla dem Herrn Wojewoden zugesagt hat, daß sie nach der Stilllegung der Klephasgrube, keine weiteren Gruben mehr schließen wird.

Das war im Februar d. Js. der Fall, und schon im Juli rückte sie mit dem Antrag auf Stilllegung der Karmerschatanlage raus.

Der Letztere hat Sanktionen in Aussicht gestellt, aber die Verwaltung schreckte vor den Sanktionen nicht zurück und war entschlossen, das große Kohlenwerk zu schließen.

Am Sonnabend wollte sie ihren festen Entschluß durchführen und versuchte den Arbeitern mit aller Gewalt die Entlassungspapiere in die Hand zu drücken.

Die Belegschaft der Karmmergrube hat einen Beschluß gefaßt.

in den italienischen Streit einzutreten. Der italienische Streit, das ist die neue Kampfeswaffe der Arbeiter, die man früher bei uns gar nicht kannte.

Einigen italienischen Streit in der Grube haben wir noch nicht gehabt.

Der italienische Streit besteht darin, daß die Arbeiter im Betriebe verbleiben, aber keine Arbeit ausführen.

Die Lebensmittel werden den Arbeitern von ihren Familien bezw. Arbeitergewerkschaften zugestellt.

Nun wollten die Arbeiter der Karmmergrube einfahren und den italienischen Streit unten, unterirdisch durchführen.

Der Belegschaftsbeschlus vom vergangenen Sonnabend auf der Karmerschatanlage lautet so und dieser Beschlus ist schon deshalb begreiflich, weil die Arbeiter damit rechnen mußten, daß man sie sonst von dem Betrieb vertreiben

wird. Die Lage der streikenden Arbeiter wäre doppelt schwierig.

Die Zustellung von Lebensmitteln, bezw. das Abbrechen der Speisen wäre mit großen Schwierigkeiten verbunden. Es war dies mithin ein sehr schwerwiegender Entschluß.

Galgenfrist von 13 Tagen, denn die Grube soll nach der neuesten Entscheidung am 13. August geschlossen werden.

Die Grubenverwaltung hat bei dieser Gelegenheit bekanntgegeben, daß sie bis dahin auf den zwei weiteren Schachtanlagen in Schoppinitz eine Reihe von Arbeitern abbauen wird.

Der Demo wird dann keine Drohung, die Sanktionen in Anwendung zu bringen, nicht verwirklichen und die Verwaltung wird den Arbeitern sagen können, daß sie alles gemacht hat, was in ihrer Macht lag.

Das Ziel wird aber erreicht, das heißt, die Grube wird stillgelegt.

Es bleibt hier noch eine Frage zu ventilieren und das ist die

Frage der Abfertigung der entlassenen Arbeiter.

In Dombrowa Gornicza konnten die Arbeiter bei Renard eine Abfertigung erkämpfen. Sie ist zwar bescheiden, aber immerhin bekommt jeder Arbeiter einige Zloty in die Hand gedrückt.

Er bekam das alles in Auslandswährung zugesprochen, damit er vor eventuellen Schäden verschont bleibt.

Diese Frage müßte grundräßig geregelt werden und das ist Sache der Arbeitergewerkschaften.

Kattowitz und Umgebung

Langfinger am Werk.

Bei Ankunft mehrerer Güterwaggons aus Krakau bemerkte man auf der Bahnstation Kattowitz, daß eine große Kiste mit 60 Literflaschen, sowie 38 Flaschen enthaltend je 1/2 Liter Monopolbrennwein, von unbekannten Tätern entwendet worden sind.

Nachschlüssel gelangten Diebe in das Restaurant der Angela Kubis in Kattowitz und stahlen dort einen Messinghahn eines Bierbehälters, einen Apparat für einen Kohlen säurebehälter, 2 Lampen, sowie einen Bieneschlauch.

